



NS-Belastung und politischer Neuanfang: Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin.
Bundesministerium des Innern; Institut für Zeitgeschichte München-Berlin; Zentrum
für Zeithistorische Forschung Potsdam, 04.11.2015.

Reviewed by Christian Rau

Published on H-Soz-u-Kult (December, 2015)

NS-Belastung und politischer Neuanfang: Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin

Vor zehn Jahren beauftragte der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer eine Unabhängige Historikerkommission mit der Erforschung der NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes. Seither erlebt die Aufarbeitung der NS-Belastung von Bundesbehörden einen beispiellosen Boom und auch die methodischen Fachdiskussionen haben davon ungemein davon profitiert. Vor einem knappen Jahr hat nun auch das Bundesministerium des Innern (BMI) eine entsprechende Studie zur frühen Nachkriegsgeschichte seines Hauses (1949-1970) in Auftrag gegeben, die wohl als Größtes unter den bislang geförderten Projekten gelten kann. Bearbeitet wird die Studie als Gemeinschaftsvorhaben des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ) und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) von insgesamt acht Historikerinnen und Historikern. Der großzügige Zuschnitt des Projektes ergibt sich aber nicht nur aus der Schlüsselstellung des Ministeriums für die Gesellschaftsgeschichte der frühen Bundesrepublik. Aberdies werfen die Beteiligten einen vergleichenden Blick auf das Ministerium des Innern der DDR (MdI), was nicht nur zu einer integrierten deutsch-deutschen Geschichte beiträgt (und damit ein ausgesprochenes Forschungsdesiderat aufgreift), sondern auch wichtige methodische Fragen der Vergleichbarkeit beider deutscher Staaten aufwirft. Am 4. November 2015 wurde in den Räumlichkeiten des BMI nun das Ergebnis des ersten Jahres, eine knapp 150 Seiten umfassende Vorstudie, einer interessierten Fach- und Medienöffentlichkeit präsentiert.

Die Vorstudie, die parallel auf den Webseiten des BMI, IfZ und ZZF veröffentlicht und (15.12.2015) worden ist, konzentriert sich zunächst vor allem auf die formale NS-Belastung des BMI/MdI-Personals, das heißt die statistisch messbaren Kontinuitäten. Diese waren im Vergleich mit den anderen bisher untersuchten Ministerien ausgesprochen hoch. In ihren einflussreichen Worten machten Staatssekretär HANS-GEORG ENGELKE (Berlin) sowie die beiden Projektleiter ANDREAS WIRSCHING (München) und FRANK BÄSCH (Potsdam) aber deutlich, dass es ihnen um mehr gehe. In den nächsten Jahren gelte es, die formalen Kontinuitäten mit materialen, das heißt sachlichen und weltanschaulichen Kontinuitäten zu kontrastieren. Dabei sollen nicht nur Einzelfälle betrachtet, sondern auch generationelle und gruppenbiographische Aspekte beleuchtet werden. So standen in den einzelnen Beiträgen neben den Ergebnissen der Vorstudie auch Überlegungen zur Untersuchung der materialen Kontinuitäten im Vordergrund. Die Anwesenheit ausgewiesener Experten auf dem Gebiet der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Bundesbehörden, ob als Kommentatoren oder im Plenum, trug zu einer anregenden Diskussion der Teilergebnisse und weiteren Forschungsperspektiven bei.

In ihrem eröffnenden Vortrag nahm IRINA STANGE (München) die Personalpolitik des BMI in der Zeit von 1949-1970 insgesamt in den Blick. Dabei betonte sie die Schlüsselrolle des Staatssekretärs Hans Ritter von Lex, ein ehemaliger Kriegsveteran ohne NSDAP-Parteibuch (was ihn einst nicht von Verhandlungen mit

Hitler abhielt), und des Unterabteilungsleiters Erich KeÄler, der als NSDAP-Mitglied Karriere im Verwaltungsapparat des NS gemacht hatte. Vor diesem Hintergrund machte Stange zudem deutlich, dass die formale Belastung bei der Auswahl des Personals in den frÄ¼hen Jahren zwar eine Rolle spielte, die Qualifikation der Kandidaten etwaige Zweifel aber hÄ¼ufig aufwog. Erst seit Ende der 1950er-Jahre habe das BMI Ä¼berhaupt â allerdings nur in EinzelfÄ¼llen â eigene Recherchen Ä¼ber die NS-Vergangenheit ihres Personals angestellt. FRIEDER GÄ¼NTHER (MÄ¼nchen) widmete sich der Frage, inwiefern die Beamten der Abteilung âVerfassung, Staatsrecht und Verwaltungâ als unpolitische Verwaltungsexperten angesehen werden kÄ¼nnen. Er hob hervor, dass sich hinter diesem auf die Weimarer Republik zurÄ¼ckgehenden SelbstverstÄ¼ndnis in erster Linie ein zeitgenÄ¼ssischer Entlastungsdiskurs verberge, den es zu historisieren gelte. Am Beispiel Kurt Breulls, eines exponierten Antisemiten, der von 1953-1964 das AuslÄ¼nder- und Aufenthaltsreferat leitete, dekonstruierte GÄ¼nther diesen Mythos. DOMINIK RIGOLL (Potsdam) griff in seinem Vortrag die bekannte These Eugen Kogons vom Sieg der â131erâ Ä¼ber die â45erâ in den frÄ¼hen 1950er-Jahren auf. Kogon hatte damit einst Kritik an dem vom Bundestag 1951 verabschiedeten ErgÄ¼nzungsgesetz zum Grundgesetz-Artikel 131 geÄ¼uert, das ehemaligen Beamten eine standesgemÄ¼e Wiederaufnahme in den Ä¼ffentlichen Dienst garantierte. Dies habe zur sukzessiven VerdrÄ¼ngung der â45erâ gefÄ¼hrt, jenem Personal, das von den Alliierten als unbelastet beurteilt worden war. Rigoll bestÄ¼tigte die bereits in die Jahre gekommene These Kogons durch eigene empirische Untersuchungen, unterstrich aber zugleich den Anspruch, die politisch aufgeladenen Begriffe der â45erâ und â131erâ fÄ¼r heutige Forschungen nutzbar machen zu wollen. Vor diesem Hintergrund kam er zu dem vorlÄ¼ufigen Ergebnis, dass der erste Bundesinnenminister und Gegner des NS, Gustav Heinemann, nur wenige Akzente zur Begrenzung NS-belasteten Personals setzen konnte. In der Unterabteilung âStaatschutzâ, die unter anderem fÄ¼r das KPD-Verbot (1956) zustÄ¼ndig war, habe der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder zuweilen 100 Prozent betragen. Auch in der Abteilung âÄffentliche Sicherheitâ, der âSchaltzentrale der streitbaren Demokratieâ, hÄ¼tten â131erâ den Ton angegeben. In ihren Kommentaren betonten CONSTANTIN GOSCHLER (Bochum) und HÄ¼LÄ¼NE MIARD-DELACROIX (Paris) die Bedeutung des Erfahrungshorizontes des Personals fÄ¼r dessen Handeln. Die Phase(n) der beruflichen und weltanschaulichen PrÄ¼gung dÄ¼rfe aber nicht auf den NS reduziert werden, sondern reiche bis in die Zeit des Kai-

serreiches zurÄ¼ck. Auch die Besatzungsjahre als eigene formative Phase gelte es genauer zu betrachten. Goschler machte vor dem Hintergrund seiner eigenen Studien zudem darauf aufmerksam, dass der Begriff der NS-Belastung selbst zu historisieren sei. Zugleich mahnte er zur Vorsicht bei der Verwendung von zeitgenÄ¼ssischen Begriffen wie â45erâ und â131erâ.

Das zweite Panel erÄ¼ffnete MAREN RICHTER (MÄ¼nchen) mit ihren Forschungen zu den Abteilungen Gesundheit und Soziales. Dabei kam sie zu Ä¼hnlichen Ergebnissen wie ihre Vorredner. Auch bei den von ihr untersuchten Ä¼rzten und Juristen lassen sich sachliche und weltanschauliche KontinuitÄ¼ten feststellen, die ebenso bis in die Zeit vor 1933 zurÄ¼ckreichen. Hieraus ergeben sich weiterfÄ¼hrende Fragen, etwa hinsichtlich der Verstrickungen in den Holocaust. In diesem Zusammenhang griff sie das Beispiel des ehemaligen OberbÄ¼rgermeisters von Posen, Gerhard Scheffler, auf, der aktiv an der Ausgrenzungspolitik gegenÄ¼ber den polnischen Juden mitgewirkt hatte, nach 1945 den Namen gewechselt hatte und untergetaucht war, dann aber Leiter der Abteilung Soziales im BMI wurde und aktiv am Bundessozialhilfegesetz mitwirkte. STEFANIE PALM (Potsdam) konzentrierte sich auf die Kulturabteilung des BMI und zeigte, dass etliche Mitarbeiter bereits Erfahrungen im NS-Propagandaapparat hatten sammeln kÄ¼nnen, wenngleich die meisten von ihnen nicht im Reichspropagandaministerium selbst gearbeitet hatten. Dies kÄ¼nne aber nicht allein eine ErklÄ¼rung fÄ¼r die von dieser Abteilung ausgehenden Zensurpraktiken bieten. Ebenso mÄ¼sse der Kalte Krieg, das DemokratieverstÄ¼ndnis, aber auch die Rolle der Alliierten einbezogen werden. Den letzten Vortrag zum BMI gestaltete JAN PHILIPP WÄ¼LBERN, der sich mit den Abteilungen âÄffentlicher Dienstâ, âWiedergutmachungâ und âZivilschutzâ beschÄ¼ftigte. Ausgehend von der zentralen Bedeutung der Abteilungen fÄ¼r die frÄ¼he Bundesrepublik, etwa in Fragen der Wiedergutmachung fÄ¼r nach dem Berufsbeamtengesetz von 1933 entlassene Beamte, wies er am Beispiel des Leiters der Abteilung âÄffentlicher Dienstâ, Kurt Behnke, auf weitere methodische Probleme des Gesamtprojektes hin. Behnke musste sich als Verantwortlicher fÄ¼r Wiedergutmachungsfragen etwa auch mit dem Antrag des frÄ¼heren Regierungsdirektors Carl Hermann Langenhagen auf Aufhebung eines Urteils von 1934 beschÄ¼ftigen, das Behnke selbst mitverantwortet hatte. Diese Mitverantwortung Ä¼ber den formalen Fakt hinaus zu rekonstruieren, ohne dabei pauschale Urteile zu fÄ¼llen, erweise sich als methodisch kompliziertes Unterfangen. Dies aufgreifend betonte CHRIS-

TIANE KULLER (Erfurt) in ihrem anschließenden Kommentar noch einmal die Notwendigkeit, den Belastungsbegriff genau zu bestimmen. Zudem plädierte sie für eine stärkere Verknüpfung von NS-Forschung und Untersuchungen zur Bundesrepublik. Dabei machte sie auf die Bedeutung formeller und informeller Netzwerke aufmerksam, sowohl zwischen NS-Belasteten als auch zwischen Alternativen und Opfern. Außerdem sei der Blick über die personellen Kontinuitäten hinaus auf strukturelle Pfadabhängigkeiten zu richten.

In den Diskussionen zu beiden Panels wurde vor allem die Frage nach der Untersuchung weltanschaulicher und sachlicher Kontinuitäten aufgegriffen. MICHAEL SCHWARTZ (München) etwa plädierte für einen Einbezug des gesellschaftlichen Erfahrungskontextes der frühen Bundesrepublik, MICHAEL WILDT (Berlin) machte darauf aufmerksam, dass neben dem Belastungsbegriff auch der Demokratiebegriff historisch verortet werden müsse. MICHAEL STOLLEIS (Frankfurt am Main) ergänzte, dass die Wurzeln des Narrativs des unpolitischen Beamten bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreichen.

Das letzte Panel galt ganz dem MdI der DDR, das trotz des vergleichenden Blicks innerhalb des Gesamtprojektes nur durch zwei Einzelstudien vertreten ist. FRANZISKA KUSCHEL (Potsdam), die ihren Schwerpunkt auf die Polizeiverwaltung in der SBZ/DDR gelegt hat, hob vor allem die Unterschiede zum BMI hervor. Nicht nur verfügte das MdI der DDR bei seiner Gründung bereits über einen funktionierenden Verwaltungsapparat (Deutsche Zentralverwaltung des Innern), auch die Personalpolitik war hier vor allem durch den Gründungsmythos des Antifaschismus bestimmt. Gleichwohl lohne ein genaueres Hinsehen. So waren im zivilen Bereich des MdI deutlich mehr ehemalige (formal) NS-Belastete tätig, während diese im Polizeiapparat als Sicherheitsrisiko gesehen wurden; allerdings nicht so sehr wegen ihrer Vergangenheit, sondern weil sie die Selbstdarstellung der SED nach außen hin in Verruf bringen konnten. LUTZ MAEKE (München) konzentrierte sich auf die Fachexperten des Meteorologischen und Hydrologischen Dienstes des MdI. Gerade hier lasse sich eine relativ hohe Kontinuität eines bürokratisch konservativen Milieus feststellen. Dies lasse sich jedoch nicht allein mit dem Bedarf an Fachexperten und den für sie geltenden Privilegien erklären. Jene hätten ohne weiteres in der Bundesrepublik Anstellung gefunden. Vielmehr entschieden sich die Physiker und Mathematiker bewusst für ein Verbleiben in der DDR, sahen sie in dem ostdeutschen Teilstaat doch eine

Alternative, wo sie ihren Forschungen ohne marktwirtschaftliche Zwänge und Konkurrenz nachgehen konnten. Auch bestärkte die DDR ihr antiwestliches Selbstverständnis. Auf dieser Basis ließe sich fragen, inwieweit das Narrativ des antifaschistischen Bruchs pauschal aufrechterhalten werden könne. In ihren Kommentaren stellten KLAUS-DIETMAR HENKE (Dresden) und PATRICK WAGNER (Halle-Wittenberg) vor allem die Frage nach dem Erkenntniswert einer vergleichenden Untersuchung zwischen BMI und MdI. Henke spitzte seinen Kommentar auf die Frage nach der DDR als Positivfolie zur Bundesrepublik zu, Wagner verdeutlichte die Notwendigkeit eines asymmetrischen Vergleichs, der vor allem die unterschiedlichen Erfahrungsgemeinschaften, das unterschiedliche Staatsdenken sowie Praktiken und Routinen einbeziehe.

Die Diskussion zum letzten Panel erstreckte sich vor allem auf die Frage des Erkenntnisgewinns der DDR-Studien. HERMANN WENTKER (München) etwa unterstrich die Unterschiede im innerministeriellen Umgang mit NS-Belasteten. JENS GIESEKE (Potsdam) stellte die für den Vergleich wichtige Frage, wie die beiden Innenministerien in der jeweiligen Gesellschaft angekommen sind.

An das Mittagessen schloss sich der vor allem für die Medienöffentlichkeit wichtige Teil der Veranstaltung an. Zunächst würdigte der Bundesminister des Innern, Thomas de Maizière, die Fülle und Tiefe der bereits nach einem Jahr zutage getretenen Ergebnisse. Er betonte, dass das Projekt das Ziel verfolge, den Diskurs über die Vergangenheit der Bundesrepublik fortzuführen, was die DDR einschloss. Auch wies er auf das rege Interesse innerhalb seines Hauses hin. Gleichwohl stellte er eine zusätzliche Aufbereitung der Ergebnisse der Hauptstudie für ein breiteres Zielpublikum, insbesondere Jugendliche, in Aussicht. In ihrer Bilanz hoben Frank Bensch und Andreas Wirsching noch einmal das Innovationspotential des Gemeinschaftsprojektes hervor. Beide stimmten darin überein, dass eine rein formelle Erfassung der NS-Belastung nicht ausreiche. In Zukunft müssten vor allem Generationskonzepte diskutiert und Typen von Biografien herausgearbeitet werden. Die zentrale Frage lautet dabei: Wie wurde mit dem vorhandenen Personal die Demokratie aufgebaut? Eine einseitige Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik gelte es dabei ebenso zu vermeiden wie die Reaktivierung der Restaurationsthese. Schließlich würdigte Michael Stolleis gewissermaßen mit dem Blick von außen die ersten, vorläufigen Ergebnisse des Projektes. Vor allem plädiert er dafür, die Geschichte des BMI/MdI auch als Gesell-

schaftsgeschichte zu verstehen. Die abschließende Podiumsdiskussion gab noch einmal Gelegenheit für das Publikum, dem Bundesinnenminister und den Projektleitern Fragen zu stellen. Dabei wurde nicht nur an die bereits nach den Sektionen angeregten Diskussionen angeknüpft, sondern auch der vergleichsweise entkrampfte Umgang mit der DDR positiv herausgehoben.

Insgesamt hat sich die Tagung trotz des dicht gedrängten Programms als sehr ertragreich erwiesen. Die Vorträge waren allesamt von einer hohen Qualität. Die Konferenz trägt damit nicht nur zur Fortsetzung des öffentlichen Diskurses über die NS-Vergangenheit der Bundesrepublik und der DDR bei, sie befruchtet auch die methodische Fachdebatte. Zudem kann das Projekt auch über seinen Gegenstand hinaus die Diskussion über eine integrierte deutsch-deutsche Geschichte weiter anregen.

Konferenzübersicht:

Staatssekretär Hans-Georg Engelke (BMI), Begrüßung

Frank Bensch (ZZF Potsdam), Einführung

Andreas Wirsching (IfZ München-Berlin), Einführung

Irina Stange (IfZ München-Berlin), Verwaltung ohne Demokraten? Die Personalpolitik des Bundesministeriums des Innern

Frieder Günther (IfZ München-Berlin), Unpolitische Verwaltungsexperten unter dem Grundgesetz? Die Abteilung âVerfassung, Staatsrecht und Verwaltungâ

Dominik Rigoll (ZZF Potsdam), Von â45ernâ und â131ernâ. Das Personal der Abteilung âÖffentliche Sicherheitâ

Constantin Goschler (Ruhr-Universität Bochum), Kommentar

Hélène Miard-Delacroix (Universität Paris-Sorbonne), Kommentar

Maren Richter (IfZ München-Berlin), Die âSpezialisten-Abteilungenâ: Gesundheit und Soziales

Stefanie Palm (ZZF Potsdam), Demokratische Zensuren? Das Personal der Kulturabteilung

Jan Philipp Wölbern (ZZF Potsdam), âSchmutziges Wasserâ? Die Abteilungen âÖffentlicher Dienstâ, âWiedergutmachungâ und âZivilschutzâ

Christiane Kuller (Universität Erfurt), Kommentar

Franziska Kuschel (ZZF Potsdam), âAlte Fachkräfteâ und âneue Menschenâ. Zum Aufbau der Polizeiverwaltung in der SBZ/DDR

Lutz Maeke (IfZ München-Berlin), Zur Ambivalenz des antifaschistischen Neubeginns. Das leitende Personal der zivilen Verwaltungen und der wissenschaftlichen Dienste

Klaus-Dietmar Henke (Technische Universität Dresden), Kommentar

Patrick Wagner (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), Kommentar

Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern, Rückschau und Ausblick

Frank Bensch / Andreas Wirsching, Das Personal des BMI und MdI: Eine Zwischenbilanz

Michael Stolleis (Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte), Kommentar

Publikumsdiskussion mit Thomas de Maizière / Frank Bensch / Andreas Wirsching

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Christian Rau. Review of , *NS-Belastung und politischer Neuanfang: Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. December, 2015.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=45827>

Copyright © 2015 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.